

ANTRAG

auf vorübergehende Gestattung (§ 12 Abs. 1 GastG)

zum Betrieb einer

Schankwirtschaft

Speisewirtschaft

1. Antragsteller/in

Name, Vorname, ggfs. Geburtsname, Bezeichnung der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins (bei mehreren Vertretern ist für jeden ein Antrag auszufüllen)

Geburtsdatum

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Anschrift / Telefon-Nr.

Bei ausländischen Personen:
Aufenthaltserlaubnis bis

erteilt von

Wird bereits eine Gaststätte betrieben ?

Ja

Nein

Wenn ja, welche ?

Ist ein Strafverfahren anhängig?

Ja

Nein

Ist ein Verfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit anhängig ?

Ja

Nein

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 GewO anhängig ?

Ja

Nein

2. Beabsichtigter Betrieb

Anlass (z. B. Volksfest, Sportfest)

Betriebsort (genaue Bezeichnung, Lage, Anschrift)

Eigentümer/in des Grundstückes und des Gebäudes

Datum und Uhrzeit der Veranstaltung

Ausschank folgender alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke:

Verabreichung folgender zubereiteter Speisen:

Tanzveranstaltungen sind vorgesehen

Ja

Nein

musikalische Darbietungen sind vorgesehen

Ja

Nein

außerdem soll dargeboten werden:

3. Räumliche Verhältnisse

Anzahl der Sitzplätze:

Größe der Räume / Fläche in qm:

Festzelt wird errichtet

Ja

Nein

Falls ja, Az. und Datum der Ausführungsgenehmigung

Vorhandene Toiletten (Anzahl eintragen):

Damenspül-Toiletten

Herrenspül-Toiletten

Urinale mit

Becken oder

lfd. m. Rinne

Vorgesehene Getränkeschankanlage:

Der Antragstellerin/dem Antragsteller ist bekannt, dass die Erlaubnis des Grundstückseigentümers für den Alkoholausschank auf dem Grundstück/im Gebäude vorliegen muss und die Gestattung nur erteilt werden kann, wenn die im öffentlichen Interesse erforderlichen hygienischen und sanitären Einrichtungen (nach Geschlechtern getrennte Toiletten, einwandfreie Gläserspüle usw.) vorhanden sind.

Hiermit wird versichert, dass alle Angaben nach bestem Wissen und wahrheitsgemäß gemacht sind. Es ist bekannt, dass die Gestattung widerrufen werden kann, wenn sie auf unrichtigen Angaben beruht und der Betrieb erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden darf.

PLZ, Ort, Datum:

Unterschrift Antragsteller/in